

Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Recht ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe
und der Zollverwaltung der DDR

Aktuelle Beiträge, Ausgabe 2 / 2016

Das Weißbuch 2016 - kritisch betrachtet

von

Oberst a.D. Bernd Biedermann

Redaktionsschluss: 30. September 2016

Hrsgb.: ISOR e.V., Redaktion „ISOR aktuell“, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tele.: (030) 2978 4315 mail: ISOR-Redaktion@t-online.de
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff

Vorbemerkungen

„ISOR aktuell“ hatte in seiner Ausgabe 8/2014 in einem redaktionellen Leitartikel unter der Überschrift „Deutschland hat eine Friedenspflicht“ auf ein gemeinsames Papier der „Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)“ und des „German Marshall Fund of the United States (GMF)“ aufmerksam gemacht, das der Öffentlichkeit nach einjähriger Arbeit (November 2012 bis September 2013) unter dem Titel **„Neue Macht - Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“** vorgelegt wurde und das Resultate sowie Diskussionen widerspiegelt, die dort in vier Arbeitsgruppen erarbeitet worden sind. Seine Aussagen mehrten Besorgnisse darüber, wie das offizielle Deutschland heute mit der Friedenspflicht umgeht, die ihm 71 Jahre zuvor durch die Potsdamer Dreimächte - Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) auferlegt worden waren.

Inzwischen hat nun die Bundesregierung ein neues **„Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“** vorgestellt, das offenbar die damals entwickelten Leitlinien in praktische Politik umsetzen soll. (Bezugsmöglichkeit kostenfrei über poststelle@bmvg.bund.de) Es

„definiert den sicherheitspolitischen Handlungs- und Gestaltungsanspruch Deutschlands“,

heißt es in seinen Vorbemerkungen, und

„ist Ausdruck unseres sicherheitspolitischen Selbstverständnisses. Auf der Basis unserer Werte und nationalen Interessen und der Analyse des sicherheitspolitischen Umfelds formuliert es Deutschlands strategische Prioritäten und setzt diese in Gestaltungsfelder deutscher Sicherheitspolitik um“.

Der „Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR“ sowie die „Initiativgemeinschaft zur Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“ hatten sich am 5. Mai 2015 mit einem Aufruf „Soldaten für den Frieden“ an die deutsche sowie die internationale Öffentlichkeit gewandt. Dieser Aufruf, der faktisch von der gesamten früheren Armeeführung der DDR sowie von hunderten ehemaliger Offiziere aller bewaffneten Organe unterzeichnet worden ist, ist uns Verpflichtung, aus unserer Position auf das „Weißbuch“ zu reagieren.

In Übereinstimmung der Vorstände beider Organisationen haben wir einen Militärfachmann der DDR gebeten, das vorliegende Dokument zu analysieren. Das Resultat liegt nunmehr vor und wird hiermit den Mitgliedern unserer Organisationen zugänglich gemacht.

Die Redaktion

Das Weißbuch 2016 – kritisch betrachtet

von Oberst a.D. Bernd Biedermann

Das neue Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr wurde am 13.7.2016 veröffentlicht. Nach den Vorgaben der Verfasser ist es das „oberste sicherheitspolitische Grundlagendokument Deutschlands“, in dem der „sicherheitspolitische Handlungs- und Gestaltungsanspruch“ definiert wird.

Denen, die das neue Weißbuch vorschnell als einen PR-Coup bezeichneten, ist entgegenzuhalten, dass es vielmehr ein besorgnisauslösendes Dokument ist, das diesen Machtanspruch der neokonservativen Kräfte deutlich macht. Es ist eindeutig feindbildorientiert und zwar auf Russland als Hauptfeind.

Wie der Projektbeauftragte für das Weißbuch, Brigadegeneral Carsten Breuer von der Abteilung Politik des BMVg, inzwischen äußerte, ist das Weißbuch kein Endpunkt der Entwicklung, sondern allenfalls eine Wegmarke, ein Meilenstein auf dem Weg Deutschlands gewachsener internationaler Verantwortung, d.h. seinen Weltordnungsanspruch zu reflektieren und das Instrumentarium dafür weiter zu entwickeln.

Das Weißbuch enthält auch eine Einladung und den Appell, die sicherheitspolitische Debatte über seine Veröffentlichung hinaus engagiert fortzusetzen. Eine solche Debatte ist bisher nur zögerlich in Gang gekommen. Vielleicht liegt es daran, dass an der Erarbeitung des Weißbuchs mehr Leute beteiligt waren als es bis jetzt Leser gefunden hat. Dennoch bietet diese Aufforderung auch die Möglichkeit, sich kritisch mit seinem Inhalt auseinander zu setzen.

Der Einladung zu einer Debatte folgend wurde dieser Beitrag geschrieben. Dabei war eine Beschränkung auf ausgewählte Probleme unumgänglich. Da der Erwerb eines gedruckten Exemplars des Weißbuchs nach wie vor etwas umständlich ist, und weil nicht jeder Interessierte darüber verfügt, nehmen wörtliche Zitate im weiteren einen breiten Raum ein. Zugleich möchte ich den Lesern Anregungen dafür geben, sich selbst kritisch mit dem Weißbuch auseinanderzusetzen.

Zur besseren Orientierung des Lesers sind die wörtlichen Zitate aus dem Weißbuch am üblichen Schriftgrad zu erkennen. Unterstreichungen darin wurden von mir vorgenommen. Meine Gedanken und Kommentare sind generell kursiv geschrieben.

Der Leser bemerkt bald, dass das Weißbuch voller Widersprüche steckt und nur wenig Konkretes enthält. Zudem fällt ein ungewöhnlicher, zum Teil befremdlicher Sprachstil auf. Es wimmelt nur so von wolkigen Andeutungen sowie von Begriffen und Wortschöpfungen, die nicht zum Repertoire unserer aktuellen Sprache gehören. In einigen Passagen gleitet der Text in ein ermüdendes theoretisches Geschwafel ab. Hinzu kommen noch viele Nebelkerzen, die vom eigentlichen Kern der Aussagen ablenken. Dabei sollte sich doch ein Fachgebiet, wie eben die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, durch verständliche und definierte Begriffe auszeichnen. Nach dem Vorwort der Bundeskanzlerin „...ist es Aufgabe der Bundesregierung, die sicherheitspolitischen Interessen, Prioritäten und Ziele unseres Landes neu zu

definieren und das Instrumentarium verantwortungsbewusst weiterzuentwickeln.“
(S.6)

Ob das vorliegende Weißbuch dieser Aufgabe tatsächlich gerecht wird, soll Jeder selbst entscheiden.

In den Vorbemerkungen ist zu lesen:

- Das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr ist das oberste sicherheitspolitische Grundlagendokument Deutschlands. Es nimmt eine strategische Standort- und Kursbestimmung für die deutsche Sicherheitspolitik vor. Damit ist es der wesentliche Leitfaden für die sicherheitspolitischen Entscheidungen und Handlungen unseres Landes. Es schafft einen konzeptionellen und inhaltlichen Rahmen und bietet Anknüpfungspunkte für weitere gesamtstaatliche und ressortspezifische Strategien. (S. 15)

Damit wird der hohe Anspruch deutlich, den man mit dem Weißbuch verbindet. Es assoziiert eine Bedeutung wie die Nationale Sicherheitsstrategie der USA, die Militärdoktrin der Russischen Föderation und das Weißbuch der VR China. Ob und in wie weit das vorliegende Weißbuch dem gerecht wird, soll hier kritisch betrachtet werden.

- Das Weißbuch definiert den sicherheitspolitischen Handlungs- und Gestaltungsanspruch Deutschlands. Es ist Ausdruck unseres sicherheitspolitischen Selbstverständnisses. Auf Basis unserer Werte und nationalen Interessen und der Analyse des sicherheitspolitischen Umfelds formuliert es Deutschlands strategische Prioritäten und setzt diese in Gestaltungsfelder deutscher Sicherheitspolitik um. (S. 15)

Man darf gespannt sein, ob und wie die nationalen Interessen formuliert werden, wie die Analyse des sicherheitspolitischen Umfelds ausfällt und welche strategischen Prioritäten gesetzt werden.

- Das Weißbuch sieht eine strategische Neuausrichtung der Bundeswehr vor. *Die strategische Neuausrichtung zielt m. E. eindeutig auf Russland als Hauptgegner bzw. Hauptfeind.*

Allerdings ist die Bundeswehr nach dem Umbau, der Transformation und den Neuausrichtungen der vergangenen Jahres in einem desolaten Zustand, der eine solche strategische Neuausrichtung nicht ohne weiteres ermöglicht. Das Weißbuch muss deshalb die Anforderungen, den Auftrag, die Aufgaben und die Leitprinzipien der Bundeswehr in diesem Umfeld vorgeben. Das soll in den Kapiteln 5 bis 8 erfolgen.

Zu den Kernaussagen der einzelnen Kapitel:

Grundzüge deutscher Sicherheitspolitik (1)

- Unser sicherheitspolitisches Selbstverständnis ist geprägt durch die Lehren aus unserer Geschichte. Diese sind Teil unserer nationalen Identität und in unserer Verfassung verankert. Gleichzeitig ist die deutsche Identität untrennbar verbunden mit der europäischen. (S.22)
Inwieweit und ob im Weißbuch überhaupt Lehren aus unserer Geschichte beachtet werden, muss jeder selbst abwägen.
- Deutschland ist ein in hohem Maße global vernetztes Land, das aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung, aber auch angesichts seiner Verwundbarkeiten in der Verantwortung steht, die globale Ordnung aktiv mitzugestalten. Deutschland wird zunehmend als zentraler Akteur in Europa wahrgenommen. (S.22)
*Wäre es nicht klüger gewesen, so wie es der Duden vorgibt, nur von einer Verwundbarkeit auszugehen? Muss es gleich der Plural sein?
Von wem und wie stark Deutschland als zentraler Akteur wahrgenommen wird, mag dahingestellt sein, wie auch zu fragen ist, ob diese Wahrnehmung bei allen unseren Nachbarn auf Gegenliebe stößt.*
- Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substantiell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen, Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen. (S.23)
*Was ist denn unter „Impulsgeber“ zu verstehen? Ist hier nicht viel mehr „Vorreiter“ gemeint?
Geht es überhaupt um Debatten oder nicht doch um den Widerstreit mit anderen Auffassungen und Strategien?
Zu fragen ist auch, wie ein Land „Verantwortung leben“ kann.
Außerdem liegt es in der Logik der Sache, dass jemand, der bereit ist Führung zu übernehmen, auch nach Autorität und Dominanz strebt.*
- Deutschland nimmt in Sicherheitsfragen bewusst gegenseitige Abhängigkeiten in Kauf – von funktionierenden Bündnissen, Partnerschaften und Solidargemeinschaften und vor allem von einer engen Sicherheitspartnerschaft mit den USA). (S.23)
Damit wird – gewollt oder ungewollt – die nach wie vor eingeschränkte Souveränität Deutschlands eingestanden und die einseitige Abhängigkeit von den USA fortgesetzt. In der Folge wurde Deutschland in militärische Abenteuer eingebunden, die zudem in keinem Fall zu den vorgegebenen Ergebnissen führten.

- Unsere sicherheitspolitischen Interessen werden zudem maßgeblich bestimmt durch unsere geographische Lage in der Mitte Europas und die Mitgliedschaft in der EU, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Handelsabhängigkeit, unsere Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Engagement sowie das Friedensgebot nach Artikel 26 des Grundgesetzes. (S. 24)
Immerhin werden dann in sechs Punkten sicherheitspolitische Interessen Deutschlands genannt:
 - Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie der Souveränität und territorialen Integrität unseres Landes;
 - Schutz der territorialen Integrität, der Souveränität sowie der Bürgerinnen und Bürger unserer Verbündeten;
 - Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts;
 - Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger durch Prosperität unserer Wirtschaft und freien sowie ungehinderten Welthandel;
 - Förderung des verantwortungsvollen Umgangs mit begrenzten Ressourcen und knappen Gütern in der Welt;
 - Vertiefung der europäischen Integration und
 - Festigung der transatlantischen Partnerschaft.

Genauer gesagt erwachsen nationale und Sicherheitsinteressen eines Staates aus seiner geografischen Lage, Geschichte, Ethnografie, Ökonomie, seinen natürlichen Ressourcen und einer Reihe weiterer Faktoren. Sie sind demzufolge objektiver Natur und existieren unabhängig davon, ob sie von den Regierenden und politischen Parteien wahrgenommen werden oder nicht. Wenn man die hier genannten Interessen auf ihre Relevanz prüft, so fällt auf, dass neben den selbstverständlichen Interessen (Schutz der Bürgerinnen und Bürger, nationale Souveränität und territoriale Integrität, Wohlstand und Prosperität der Wirtschaft und verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen) auch eine Reihe neuer Interessen formuliert sind. Dazu gehören der Schutz der territorialen Integrität der Verbündeten, freier und ungehinderter Welthandel und Festigung der transatlantischen Partnerschaft. Sie stehen für die Ansprüche der neokonservativen Kreise, die sie im Rahmen der Globalisierung realisieren wollen.

*Zur Erinnerung: Im Artikel 26 (1)des Grundgesetzes heißt es
 “Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“
 Gegen diesen Artikel haben vorherige deutsche Regierungen – wie auch die gegenwärtige – mehrfach verstoßen, indem sie den Einsatz von Bundeswehrkontingenten im Ausland ohne UN-Mandat verfügt haben. Auch*

was seit geraumer Zeit an den Grenzen zu Russland geschieht, stört das friedliche Zusammenleben der Völker und schürt eine zunehmende Feindseligkeit gegenüber Russland. Mit der Behauptung, Russland bedrohe seine Nachbarn und habe durch die Sezession der Krim das Völkerrecht gebrochen, wurde ein Popanz aufgebaut, der nicht ohne Wirkung blieb. Im Ergebnis leben wir heute in einer Welt, die immer unkontrollierbarer geworden ist.

Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld (2)

- Die Staaten Europas haben – gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika – auf dem europäischen Kontinent seit Ende des Kalten Krieges eine einzigartige Friedensordnung geschaffen, der sich alle Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verpflichtet haben. (S.31)

Eigentlich ist es unfassbar, wie man angesichts der aktuellen Lage in Europa eine solche Einschätzung treffen kann. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Während es in den Jahren des Kalten Krieges auch bei totaler Konfrontation zwischen den Blöcken nicht zu Kriegen kam, wurden von 1991 bis 1999 allein auf dem Balkan vier Kriege ausgelöst, unter denen die betroffenen Völker noch heute leiden. Die dann einsetzende Osterweiterung der NATO hat zu einer anhaltend latenten Kriegsgefahr geführt.

- Durch seine auf der Krim und im Osten der Ukraine zutage getretene Bereitschaft, die eigenen Interessen auch gewaltsam durchzusetzen und völkerrechtlich garantierte Grenzen einseitig zu verschieben, stellt Russland die europäische Friedensordnung offen in Frage. Dies hat tiefgreifende Folgen für die Sicherheit in Europa und damit auch für die Sicherheit Deutschlands. (S.31)

Es ist nahezu unglaublich, dass Russland beschuldigt wird, die europäische Friedensordnung in Frage zu stellen. An dem Referendum auf der Krim nahmen 82 Prozent der Wahlberechtigten teil. Über 95 Prozent stimmten für die Wiedervereinigung mit Russland.

Die UNO-Resolution 2625 (XXV) vom 24.10.1970 erkennt das Sezessionsrecht ausdrücklich an (Gründung eines eigenen souveränen Staates oder eine freie Assoziation mit einem anderen Staat oder Eingliederung in einen anderen Staat).

Im Spannungsfeld zwischen Selbstbestimmung des Volkes und Souveränitätsanspruch des Staates hat jedenfalls das Selbstbestimmungsrecht Vorrang. Die staatliche Souveränität hat ihre Grenzen im Völkerrecht. Kein völkerrechtlicher Vertrag und keine innerstaatliche Verfassung kann das Selbstbestimmungsrecht verbieten. Außerdem gilt der Grundsatz der Achtung der territorialen Integrität nur für die Beziehungen zwischen den Staaten und nicht für Völker. Der Vorwurf, Russland habe die Friedensordnung in Europa

in Frage gestellt, ist jedenfalls nicht gerechtfertigt.¹

Mit der Behauptung, dass die Hauptgefahr von Russland ausgehe, werden die Lehren der Geschichte auf den Kopf gestellt. War es nicht umgekehrt so, dass in der Vergangenheit die Gefahr für Russland von Deutschland ausgegangen ist? Sehen so die Lehren aus, die man aus der Geschichte gezogen hat?

- *Vernünftigerweise müsste das Kapitel 2 eine umfassende wissenschaftliche Analyse der Bedrohungen enthalten, denen Deutschland ausgesetzt ist. Doch weit gefehlt! Da ist die Rede davon, „dass die internationale Ordnung im Umbruch ist“ und „Treiber des Umbruchs“ dafür verantwortlich sind. Der Begriff Treiber kam in diesem Zusammenhang bisher im politischen Sprachgebrauch nicht vor und kann auf alle und jeden zutreffen. Mit etwas gutem Willen könnte man darunter die Verursacher der gesellschaftlichen Umbrüche verstehen, die dann aber auch konkret benannt werden müssten. Gleich danach heißt es:*

... das Umfeld sei noch komplexer, volatiler, dynamischer und schwieriger vorhersehbar geworden. (S.29)

Das Wort volatil ist im Duden nicht zu finden. Lt. Wikipedia ist es aus dem lateinischen volatilis abgeleitet, was soviel wie veränderlich, beweglich, flüchtig und dampffähig bedeutet. Verwendet wird es hauptsächlich in der Chemie, im Aktienhandel, in der Informatik, Medizin, Energiewirtschaft und neuerdings auch in der Politikwissenschaft. Im Zusammenhang mit militärpolitischen Fragen kann es so gut wie alles bedeuten.

Im typischen Stil eines deutschen Oberlehrers wird zahlreichen Staaten unterstellt, sie betrieben

... eine schlechte Regierungsführung und eine weit verbreitete Vetternwirtschaft und Korruption, die vielfach mit organisierter Kriminalität verflochten ist und innerstaatliche Konflikte sowie regionale und internationale Krisen befördern. (S. 29)

Vernünftig wäre es gewesen, an dieser Stelle sowohl die rationalen als auch die emotionalen Wahrnehmungen der Bedrohungen zu beschreiben, denen Deutschland gegenwärtig ausgesetzt ist und mit welchen in Zukunft zu rechnen ist. Ausgangspunkt dabei müssten die Realitäten der Lage des Landes sein.

1

Siehe „Die Krim als Vorwand für den subversiven Krieg gegen Russland“ von Dr. Eva Maria Barki bei Info-DIREKT vom 22.1.2016

Wenn man die Frage stellt, welchen konkreten potenziellen Bedrohungen Deutschland ausgesetzt ist, so muss bei objektiver Betrachtung an erster Stelle das Kernwaffenpotenzial der Länder genannt werden, die mit ihren Trägermitteln das deutsche Territorium erreichen können, unabhängig davon, wie sich gegenwärtig ihre bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland darstellen. Konkret sind das:

Frankreich, Großbritannien, die USA, Israel, Russland und China.

Danach ist zu fragen, welche möglichen Bedrohungen von unseren Nachbarn ausgehen können.

Bekanntlich hat Deutschland neun unmittelbare Nachbarstaaten, von denen sieben der NATO angehören und acht Mitglieder der EU sind. Österreich ist nicht in der NATO, aber EU-Mitglied, die Schweiz ist weder NATO- noch EU-Mitglied. Allein aus dieser Lage ergibt sich, dass Deutschland aus seinem unmittelbaren Umfeld nicht direkt bedroht ist! Die Frage ist doch: Wie empfinden unsere Nachbarn das erneute deutsche Streben nach Vorherrschaft? Allein die ökonomische Stärke Deutschlands löst bei ihnen Besorgnis aus.

Wenn nun noch Ansprüche nach Führung laut werden, dann erinnern sie sich mit Sicherheit daran, dass es vor nicht allzu langer Zeit deutsche Truppen waren, die ihre Länder überfallen, unterjocht und ausgebeutet haben.

Bei genauer Betrachtung ergibt sich, dass auch aus dem realen Kräfteverhältnis zwischen der NATO und potenziellen Gegnern im weiteren Umfeld Deutschlands keine Bedrohung erwächst.

Das Weißbuch ordnet sich ein in die Bestrebungen, Russland aus Europa auszugrenzen, anstatt es in die Schaffung eines Systems zur kollektiven Sicherheit einzubeziehen.

Für die Feindseligkeiten gegen Russland gibt es keinen wirklichen Grund. Nur die Dümmeren der Dummen glauben der Behauptung, Russland bedrohe die baltischen Staaten oder Polen. Die Russen haben kein Interesse daran, diese Länder zu besetzen. Gäbe es eine reale Bedrohung, so müsste die NATO eine entschieden stärkere Gruppierung gegen Russland aufbauen. Mit ein paar Bataillonen im rotierenden Einsatz kann aus militärischer Sicht nur provoziert, aber nicht verteidigt werden.

In Wahrheit wurde Russland zum neuen Feind erkoren, nachdem der Warschauer Vertrag und die Sowjetunion nicht mehr existierten.

Typisch für die NATO war und ist, dass man das wahre Kräfteverhältnis verleugnet, um die eigene Politik ausschließlich als defensiv darzustellen.

- *Weitere Bedrohungen ergeben sich aus den Herausforderungen, die der Cyber- und Informationsraum mit sich bringt. Dazu wird ausgeführt:*

Die sichere und gesicherte sowie freie Nutzung des Cyber- und Informationsraums ist elementare Voraussetzung staatlichen und privaten Handelns in unserer globalisierten Welt. Die wachsende und sämtliche Lebensbereiche durchdringende Digitalisierung mit ihrer fortschreitenden

Vernetzung von Individuen, Organisationen und Staaten prägt in einzigartiger Weise die Chancen unserer Gegenwart und Zukunft. Sie macht Staat, Gesellschaft und Wirtschaft jedoch zugleich besonders verwundbar für Cyberangriffe und erfordert unmittelbare Gefahrenabwehr. (S.36)

Insgesamt hat sich der Cyber- und Informationsraum damit zu einem internationalen und strategischen Handlungsspielraum entwickelt, der so gut wie grenzenlos ist. (S. 37)

Diese Einschätzung ist zweifellos zutreffend. Das Internet ist längst zu einer Zone geworden, in der offensive und defensive Aktionen stattfinden. Die Beantwortung der Frage, wann Cyberattacken die Schwelle eines quasi „bewaffneten Angriffs“ im Sinne von Art. 51 der UN-Charta überschreiten, ist nach wie vor äußerst schwierig. Entscheidend ist jedoch, wie man damit umgeht, welche Folgerungen man daraus zieht und wie man sie umsetzt. Hier scheint man die Zeichen der Zeit verstanden zu haben.

Laut Tagesbefehl der Bundesministerin vom 26. April 2016 wird seit dem 4. Quartal des Jahres eine neue Abteilung Cyber/IT (CIT) eingerichtet. Der Leiter dieser Abteilung ist zugleich Chief Information Officer (CIO) des BMVg. Ab 2. Quartal 2017 wird dann ein neuer militärischer Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum (CIR) mit 13.700 Dienstposten geschaffen. An seiner Spitze wird ein Kommando Cyber- und Informationsraum (KdoCIR) mit einem Inspekteur stehen. Ob und wie weit mit diesem Operationsbereich den Anforderungen auf dem Gebiet des Cyberraums entsprochen werden kann, bleibt abzuwarten. Das ist aber nur ein Bereich zur Problematik. Wie soll die Sicherheit aller Bereiche (Militär, Wirtschaft, Wissenschaft, Polizei, Verwaltung) koordiniert werden? Hierzu gibt es noch keine Lösung.

- Bewaffnete Konflikte, Verfolgung und Vertreibung, widrige wirtschaftliche, soziale oder ökologische Rahmenbedingungen sowie Armut oder Hunger bringen weltweit Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. (S. 42)
Eine solche Einschätzung grenzt schon bedenklich an bewusster Demagogie. Wodurch wurden denn diese Migrationsströme verursacht? Angesichts der Lage im Nahen Osten ist zu fragen: Wer hat denn die Länder Afghanistan, Irak, Libyen, Tunesien, Syrien und Mali durch subversive und militärische Interventionen destabilisiert, ihrer Selbstbestimmung beraubt und wirtschaftlich ins Chaos gestürzt? „Seht ihr wenigstens jetzt, was ihr angerichtet habt?“ fragte der russische Präsident auf der UNO-Vollversammlung 2014 die anwesenden Staats- und Regierungschefs. Eine Antwort darauf hat er nicht erhalten.

Deutschlands strategische Prioritäten (3)

- Deutschlands strategische Prioritäten formulieren auf Basis unserer Werte und Interessen sowie im Spiegel der Herausforderungen den sicherheitspolitischen Handlungsanspruch unseres Landes. (S.48)
Weiter heißt es dann, diese Prioritäten konkretisieren, was Deutschland leisten will und wofür es bereit ist, Verantwortung und Führung zu übernehmen. Da ist er wieder, der Führungsanspruch!
- Innere und äußere Sicherheit sind nicht mehr trennscharf voneinander abzugrenzen.
Unter diesen Rahmenbedingungen bedarf es wirksamer gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge. Hierzu zählen der Schutz der Souveränität und Unversehrtheit des deutschen Staatsgebiets und seiner Bürgerinnen und Bürger sowie die Rettung in Not geratener deutscher Staatsangehöriger im Ausland. (S.48)
- Für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge ist die Stärkung von Resilienz und Robustheit unseres Landes gegenüber aktuellen und zukünftigen Gefährdungen von besonderer Bedeutung. (S. 48)
Das Rechtschreibprogramm des Computers unterstreicht das Wort Resilienz, weil es in seinem Speicher nicht verzeichnet ist. Resilienz ist aus dem Lateinischen abgeleitet und entspricht auf gut Deutsch der psychischen Widerstandsfähigkeit. Der Begriff stammt ursprünglich aus der Kinderpsychologie. Er beschreibt die Fähigkeit Heranwachsender, Entwicklungskrisen zu bewältigen und sie durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen als Anlass für die weitere Entwicklung zu nutzen. Außer bei Medizinern dürfte bisher der Begriff Resilienz kaum bekannt gewesen sein. (Ein Schelm, der dabei daran denkt, wer gegenwärtig das Amt des Verteidigungsministers inne hat.)
- Deutschlands Sicherheit ist untrennbar mit der seiner Verbündeten in NATO und EU verbunden. [...] Nur gemeinsam mit den USA kann sich Europa wirkungsvoll gegen die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts verteidigen und glaubwürdige Abschreckung gewährleisten. [...] Deutschland, das sich im Kalten Krieg über fast 40 Jahre auf die Solidarität und Einsatzbereitschaft der Bündnispartner verlassen konnte, sieht sich in der Pflicht und Verantwortung, zur solidarischen und kollektiven Verteidigung beizutragen. (S. 49)
Bekanntlich ist Dankbarkeit keine politische Kategorie, schon gar nicht in Fragen der nationalen Sicherheit. Wenn es um die Gefolgschaft zu den USA geht, so sollte man stets daran denken, dass die Vereinigten Staaten von Amerika, bei allem was sie tun oder unterlassen, immer nur ihre Interessen im

Auge haben. Wenn unsere Solidarität so weit geht, dass wir uns zusammen mit den USA an völkerrechtlich unzulässigen und fragwürdigen Interventionen beteiligen, dann sind wir auch verantwortlich für die Folgen.

- Die kontinuierliche Anpassung an das sich wandelnde Sicherheitsumfeld, die enge Verzahnung und fortschreitende Integration europäischer Streitkräfte, die Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO sowie das kohärentere Zusammenwirken zwischen NATO und EU sind dabei vorrangig. Darüber hinaus verfolgt Deutschland weiter das Ziel einer Sicherheitsordnung, die sämtliche Staaten des europäischen Kontinents einbezieht. (S. 49/50)
Eine Sicherheitsordnung, die sämtliche Staaten Europas einbezieht, wird nur erreichbar sein, wenn Russland nicht ausgeschlossen wird. Es kann in Europa keine Politik ohne Russland geben. Das zeigen die Erfahrungen unserer Geschichte von den deutsch-russischen Kriegen gegen Napoleon, über den I. und II. Weltkrieg und die Zeit des Kalten Krieges.
Zur Erinnerung: Russland ist das größte Land Europas und Moskau die größte Stadt auf unserem Kontinent. Außerdem ist Russland zugleich das größte Land Asiens. Kein anderes Land verfügt über solche Natur- und Bodenschätze wie Russland. Hinsichtlich der strategischen Interessen Deutschlands gibt es kein Land, mit dem wir diese Interessen auch nur annähernd so gut realisieren könnten, wie gemeinsam mit Russland.

Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands (4)

- Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global. Dieser umfasst ausdrücklich auch den Cyber-, Informations- und Weltraum. (S.56)
Da ist zunächst festzuhalten, dass hier ein klarer globaler Anspruch erhoben wird. In diesem Zusammenhang auf den Cyber-, Informations- und Weltraum zu verweisen, taugt nicht einmal als Feigenblatt. Dass dieser Raum globale Ausmaße hat, ist ja wohl selbstverständlich.
- Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssen ihre Widerstands- und Resilienzfähigkeit erhöhen, um Deutschlands Handlungsfreiheit zu erhalten und sich robust gegen Gefährdungen zur Wehr zu setzen. (S. 56)
Zwar bleibt absolute Sicherheit für die Menschen in Deutschland unerreichbar, eine umfassend gestaltete Sicherheitspolitik vermag aber Gefährdungen zu vermindern. Deshalb muss entschlossene Sicherheitsvorsorge gesamtstaatlich konzipiert und geleistet werden. Sie umfasst Gefahrenabwehr und Verteidigung, organisiert diese gegenüber Gefährdungen der inneren und äußeren Sicherheit gleichermaßen und gewichtet die Ressourcen mit Weitblick und Augenmaß. [...]
Sicherheitsvorsorge ist nicht eine staatliche, sondern wird immer mehr zu einer gemeinsamen Aufgabe von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Ein gemeinsames Risikoverständnis ist die Grundlage für den Aufbau gesamtgesellschaftlicher Resilienz. (S.59)

Dieses Resilienzgetöse geht weit an den Realitäten des Lebens vorbei, die darin bestehen, dass die Gesellschaften der europäischen Staaten auch bei Erhöhung ihrer Resilienz komplett kriegsuntauglich bleiben werden. Im Falle eines offenen Konflikts würden selbst konventionelle Kampfhandlungen innerhalb weniger Tage die fragile Infrastruktur der Länder zerstören. Die Energie- und Wasserversorgung, die Kommunikations-, Transport- und Versorgungssysteme würden ausfallen, und nahezu alles, was die Menschen zum Leben benötigen, stünde nicht mehr zur Verfügung. Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, dass mit einer Erhöhung der Resilienz Kriege wieder führbar würden und der militärische Faktor erneut als Mittel erster Wahl in die Politik einziehen kann. Das ist des Pudels Kern!

Wie ernst die Sache zu nehmen ist, bestätigt die „Konzeption zivile Verteidigung“, die das Bundesinnenministerium parallel zum Weißbuch erstellt hat. Darin wird die Bevölkerung aufgerufen, Vorräte für den Fall einer Katastrophe oder eines bewaffneten Überfalls anzulegen. Behörden sollen Ausweichmöglichkeiten planen und ein „Gesamtkonzept Notstrom“

ausarbeiten.

Wer allerdings der Öffentlichkeit glauben machen möchte, man könne mit dieser Art Sicherheitsvorsorge die Kriegsgefahr abwenden, unterliegt einem fundamentalen Irrtum.

- *Deutschland will Verantwortung für Stabilität und Sicherheit des internationalen Umfelds übernehmen. Dazu wird es „...militärische Mittel im gesamten Aufgaben- und Intensitätsspektrum von Beobachtermissionen über humanitäre Einsätze bis zur robusten Friedenserzwingung“ vorhalten. (S. 61)*
Mit „robuster Friedenserzwingung“ ist eindeutig der Einsatz bewaffneter Gewalt gemeint, in bestimmten Fällen auch ohne UN-Mandat.
- *Deutschland in der Nordatlantischen Allianz*
Gegenüber äußeren Bedrohungen setzt die Allianz auch künftig vorrangig auf Abschreckung. Solange nukleare Waffen ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein können, besteht die Notwendigkeit zur nuklearen Abschreckung. [...]
Deutschland bleibt über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und

die diesbezüglichen Planungen der Allianz eingebunden. (S. 64/65)
Wäre es angesichts des neuen nuklearen Rüstungswettlaufs nicht entschieden klüger, auf Entspannung und Abrüstung zu setzen? Stattdessen bekennt man sich weiter zur nuklearen Teilhabe. Damit wird der Beschluss des Bundestages von 2010 zum Abzug der Kernwaffen aus Deutschland nicht zu realisieren sein.

Die Bundeswehr der Zukunft (5)

- *Um die Anforderungen an die Bundeswehr als Instrument deutscher Sicherheitspolitik zu erfüllen, muss sie ...in der Lage sein, ihren Beitrag zur Umsetzung der strategischen Prioritäten der deutschen Sicherheitspolitik zu leisten. Das sich dynamisch verändernde Umfeld, unser Gestaltungs- und Führungsanspruch sowie unser Engagement in NATO und EU erfordern die kontinuierliche Aktualisierung und Anpassung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr. [...] Nicht nur die Zahl der Einsätze, sondern auch die an die Bundeswehr gestellten Anforderungen haben sich tiefgreifend verändert. (S. 88/89)
Die Aktualisierung und Anpassung des Aufgabenspektrums zielt also vor allem auf weitere Auslandseinsätze ab.
Nach dem Papier „Neue Macht, neue Verantwortung“ ist Deutschland in die Liga der globalen Akteure aufgestiegen und hat damit neue Einflussmöglichkeiten. Bei ihrer Nutzung spielt der militärische Faktor eine bevorzugte Rolle.
Zurzeit steht Deutschland mit der Bundeswehr in 16 Ländern dieser Erde. Bei keinem dieser Einsätze ging die Entscheidung für den Militäreinsatz ursprünglich von der Bundesregierung aus. In allen Fällen waren es andere Staaten, die den Bundeswehreinsatz über die sogenannten Bündnisverpflichtungen bewirkt haben. Die Tatsache, dass dabei kein einziger dieser Einsätze die angestrebten Ziele erfüllt hat, scheint keine Rolle zu spielen.*
- *Im Weiteren werden der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr beschrieben. Die Aufgaben umfassen acht Schwerpunkte mit insgesamt 23 Unterpunkten. Auf alle einzugehen, ist hier nicht möglich.*

Als Auftrag ist an erster Stelle festgelegt

Deutschlands Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen.

(S. 90)

Wie die Bundeswehr diesen Auftrag konkret erfüllen soll, mit welcher Struktur, Ausrüstung und Ausbildung – dazu wird hier nichts ausgesagt. Weiter hinten, im Kapitel 6 heißt es dann:

Die Auftrags Erfüllung der Bundeswehr setzt ein umfassendes

Fähigkeitsspektrum voraus. (S. 102)

Soweit, so gut. Bleibt zu fragen, wie ein solches Fähigkeitsspektrum aussehen muss und wie es zu erreichen ist. Eine klare Antwort darauf ist im Weißbuch nicht zu finden.

Die unter Aufgaben genannten 8 Punkte werden als gleichrangig bezeichnet. Dass dabei die Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet an erster Stelle stehen, hat wohl mehr einen plakativen Charakter. Es folgen das internationale Krisenmanagement – einschließlich der Friedensmissionen der Vereinten Nationen – und die Durchsetzung von Embargos und Sanktionen. Die Überwachung und Sicherung des deutschen Luft- und Seeraumes wird unter Heimatschutz genannt. Da fragt sich der Fachmann, was das bedeuten soll, sind doch die Luftverteidigung, wie auch die Sicherung des Seeraumes, primäre Aufgaben der Streitkräfte.

Wer die Bundeswehr kennt, weiß dass sie strukturell, materiell und personell nicht in der Lage ist, die im Weißbuch genannten Aufgaben in absehbarer Zeit zu erfüllen.

Noch im Juni 2014 behauptete der Generalinspekteur der Bundeswehr, der 4-Sterne-General Volker Wieker, die Einsatzbereitschaft und Einsatzfähigkeit der Bundeswehr sei gewährleistet und die Neuausrichtung wäre die richtige Richtung. Zwei Monate später wurde bekannt, dass nahezu das gesamte Großgerät (Kampf- und Transportflugzeuge, Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge) einen inakzeptablen Grad der technischen Einsatzbereitschaft von zum Teil weit unter 0,5 haben. Zu erklären ist dieser Zustand nur mit der organisierten Verantwortungslosigkeit, die für Doppelstrukturen typisch ist. An diesem Dilemma haben die letzten vier Verteidigungsminister von Franz-Josef Jung über Karl-Theodor zu Guttenberg und Thomas de Maizière bis Ursula von der Leyen mehr oder weniger ihren Anteil. Völlig unverständlich ist, dass die verantwortlichen Militärs diesen Zustand hingenommen haben. Das war in der Vergangenheit anders. Da haben Militärs die Politiker gewarnt, wenn sie die Streitkräfte leichtfertig in militärische Abenteuer führen sollten.

In Bezug auf den Cyber- und Informationsraum lautet ein rätselhafter Satz so: Die Bundeswehr muss sich als Hochwertziel für staatliche wie nichtstaatliche Akteure und als Instrument der wirksamen Cyberverteidigung für den Umgang mit komplexen Angriffen aufstellen. (S. 93)

Natürlich stellt die Bundeswehr ein „Hochwertziel“ dar. Die Frage ist doch: Wie sie sich dahingehend aufstellen muss.

Wie die Stäbe und die Truppe insgesamt diese Aufgaben angesichts des konkreten Zustands der Bundeswehr (Struktur, Auffüllungs- und Ausrüstungsstand, Grad der technischen Einsatzbereitschaft) erfüllen sollen, wird weder in den folgenden Leitprinzipien noch in den Vorgaben für die Fähigkeiten ausgeführt.

Leitprinzipien für die Bundeswehr der Zukunft (6)

- Multinationalität und Integration sind und bleiben Bestimmungsgrößen für die Bundeswehr. [...] Sie werden insbesondere auch in Strukturen, Einsätzen, langfristiger gemeinsamer multinationaler Fähigkeitsentwicklung und weiteren Kooperationsformen sowie in der Rüstungspolitik umgesetzt. (S. 98)
Diese Aussage ist ein typisches Beispiel dafür, wie man konkrete und verständliche Aussagen vermeidet. Wer kann mit dieser konfuse Formulierung überhaupt etwas anfangen?
- *Unter der Überschrift „Führung und Verantwortung als Rahmennation“ wird die Bereitschaft dazu erklärt.*
Das verlangt nicht nur die nationale oder gemeinsame Bereitstellung sogenannter kritischer Fähigkeiten, die einen Einsatz unserer Verbündeten und Partner oft erst ermöglichen, sondern auch die Bereitschaft zu deren gemeinsamer Entwicklung.
Um einen spürbaren Mehrwert zu generieren, muss die Bundeswehr in Vorleistung treten, die Verfügbarkeit dieser Fähigkeiten gewährleisten sowie eine hinreichende Interoperabilität und Standardisierung in der industriellen Entwicklung vorantreiben.“ (S. 98)
Selbst Kennern der Materie dürfte es schwerfallen, den eigentlichen Sinn dieser Sätze zu erfassen. Im Zusammenhang mit dem Begriff Mehrwert liegt natürlich der Gedanke nahe, dass es um die weitere Entwicklung der Rüstungsindustrie geht. Wer allerdings in diesem Zusammenhang von Mehrwert spricht, wäre gut beraten, vorher einmal bei Marx nachzulesen, was unter Mehrwert zu verstehen ist.
- *Über dem nächsten Absatz steht Flexibilität und Agilität mit einem „Single Set of Forces“.*
Offensichtlich hatten die Autoren Mühe, für diesen Begriff eine deutsche Entsprechung zu finden. Aus dem ersten Satz lässt sich entnehmen, dass damit „ein nur einmal vorhandenes Kräfteredispositiv“ gemeint ist.
Dazu bedarf es einer „multifunktionalen und adaptionsfähigen Bundeswehr“.
Im Klartext heißt das, dass die Bundeswehr künftig vollständig als Interventionsarmee aufgestellt sein soll. Die bisherige Einteilung in Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte wurde aufgegeben. Das bedeutet: Die für internationale Einsätze zur Verfügung stehenden Kräfte sind die gleichen, die auch die klassische Landesverteidigung gewährleisten müssen.

Das Gesamtkräfteedispositiv besteht aus dem operativen Führungselement, der eigentlichen Kampfgruppe und weiteren zugeordneten Unterstützungskräften.

- Die Ausstattung der Bundeswehr muss dazu geeignet sein, unterschiedliche Aufgaben in verschiedenen Einsatzgebieten erfüllen zu können (Mehrrollenfähigkeit). (S. 98)

Das könne nur mit Strukturen gelingen, die widerstandsfähig gegenüber unvorhersehbaren Herausforderungen sind. Dazu müsse die strukturelle Resilienz und personelle sowie materielle Anpassungsfähigkeit im Hinblick auf neue Operationsräume Ausdruck finden.

Dies gelingt mit

- einem „atmenden“, an den Aufgaben orientierten Personalkörper;
- einem umfassenden Fähigkeitsprofil;
- einer modernen strukturgerechten Ausstattung zur Verbesserung der Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit;
- ergänzenden Missionsausrüstungspaketen zur Aufgabenwahrnehmung im gesamten Einsatzspektrum;
- einer breit angelegten Ausbildung zur Qualifizierung des Personals für alle erwartbaren Szenare sowie
- dem Erschließen von Zukunftstechnologien. (S. 98)

Abgesehen von der sprachlichen Fehlleistung – der Plural von Szenarium lautet immer noch Szenarien – bleibt festzustellen, dass die Bundeswehr in all diesen Punkten meilenweit davon entfernt ist, sie realisieren zu können.

Vorgaben für die Fähigkeiten der Bundeswehr (7)

- Die Befähigung zum bundeswehrgemeinsamen Wirken in allen Dimensionen – Land, Luft, See, Cyber- und Informations- sowie Weltraum – ist der übergeordnete Maßstab. Gerade in den Dimensionen Land, Luft und See bleibt die Befähigung zum Kampf Wesensmerkmal. Sie stellt die höchsten Ansprüche an Mensch und Material. (S. 102)

Ob die Angehörigen der Bundeswehr mit dieser hochgestochenen Deklaration überhaupt etwas anfangen können, ist zu bezweifeln.

Dass der militärische Kampf, besser gesagt der Krieg, höchste Ansprüche stellt, ist wohl jedem Soldaten klar, zumal er weiß, dass es für ihn dabei um Leben oder Tod geht.

- Im weiteren heißt es dann, dass die Aufgabenwahrnehmung durch die Bundeswehr maßgeblich von ihrer Anpassungsfähigkeit bei Personal, Material und Strukturen, von ihrer schnellen Verfügbarkeit, hohen Einsatzbereitschaft bei angemessener Durchhaltefähigkeit sowie strategischen Verlegefähigkeit

abhängt. Damit wird erneut deutlich, dass es vornehmlich um die globalen Ansprüche Deutschlands geht.

- *Unter dem Punkt Führung findet man nur wenige Sätze. Höchst lapidar heißt es da, Führung müsse darauf abzielen, Kräfte und Mittel auftragsbezogen und bedarfsgerecht so einzusetzen, dass die angestrebte Wirkung erzielt werden kann. Das erfordere eine klare, auftragsorientierte Führungsorganisation, standardisierte Führungsverfahren und resiliente Führungs- und Informationssysteme.*

Ein klares Führungsprinzip, wie zum Beispiel die militärische Einzelleitung, scheint es in der Bundeswehr nicht zu geben.

- *Aufklärung muss das gesamte Spektrum der nationalen und internationalen Krisenvorsorge und des Krisenmanagements umfassen.*

(S. 103)

Aufklärung nur auf Krisenvorsorge zu reduzieren, widerspricht jeglicher militärischer Erfahrung und Logik. Die Militäraufklärung muss die laufende Beurteilung der Lage und ihre weitere Entwicklung in den Bereichen Gegner, Eigene und Gefechtsbedingungen gewährleisten. Nur auf dieser Basis können Stäbe und Kommandeure zweckmäßige Entschlüsse für die Ausbildung und Handlungen der Truppe fassen.

Dazu müssen alle Arten der Aufklärung mit den erforderlichen Kräften und Mitteln genutzt und zusammengeführt werden.

Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr (8)

- *Einleitend heißt es:*

Verteidigung ist eine Staatsaufgabe, die durch die Streitkräfte zu verwirklichen ist. Alles Handeln der deutschen Streitkräfte unterliegt dem Primat der Politik.

(S. 108)

Ganz so einfach ist es wohl nicht! Die Verteidigung als Staatsaufgabe kann nicht allein durch die Streitkräfte verwirklicht werden. Diese Aussage steht auch im Widerspruch zu dem vorherigen Resilienzgetöse, wonach die innere und äußere Sicherheit eine gesamtstaatliche Aufgabe ist.

- *Bei den rechtlichen Rahmenbedingungen werden an erster Stelle die Auslandseinsätze der Bundeswehr genannt. Diese seien in den vergangenen 20 Jahren im Einklang mit den völker- und verfassungsrechtlichen Vorgaben geführt worden. Das entspricht einfach nicht den Tatsachen. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Aussage, dass der Deutsche*

Bundestag

... in einem geeigneten Verfahren über eine mögliche Reform des verfassungsrechtlichen Rahmens für Auslandseinsätze der Bundeswehr berät. (S. 109)

Man darf gespannt sein, wie diese Reform ausfallen wird.

- *Höchst aufschlussreich ist der Absatz „Einsatz und Leistungen der Bundeswehr im Innern“. Solche Maßnahmen seien auf ... die technisch-logistische Unterstützung – unterhalb der Schwelle zum Einsatz – beschränkt. (S. 110)*

Laut Artikel 87a (4) kann die Bundesregierung zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutz von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischen einsetzen. Damit ist eigentlich eine Änderung des Grundgesetzes nicht erforderlich, wenn die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden soll.

Das Weißbuch betont, dass laut Grundgesetz der Einsatz der Streitkräfte im Innern zur Hilfe bei Naturkatastrophen (Katastrophennotstand) bereits zugelassen ist. Weiter heißt es:

Das Vorliegen eines besonders schweren Unglücksfalls kommt auch bei terroristischen Großlagen in Betracht. Durch das Bundesverfassungsgericht wurde bestätigt, dass die Streitkräfte zur Unterstützung der Polizeikräfte bei der wirksamen Bekämpfung des Unglücksfalls unter engen Voraussetzungen auch hoheitliche Aufgaben unter Inanspruchnahme von Eingriffs- und Zwangsbefugnissen wahrnehmen können. (S. 110)

Zu den hoheitlichen Aufgaben eines Staates gehört das Gewaltmonopol, das ausdrücklich auch die Berechtigung zum Waffeneinsatz erlaubt. Damit wären die Voraussetzungen gegeben, dass die Bundeswehr bei Einsätzen im Innern auch von ihren Waffen Gebrauch machen dürfte. Allein die Vorstellung, dass es dazu kommen könnte, muss Besorgnis auslösen. Streitkräfte sind generell weder dafür ausgebildet noch so ausgerüstet, dass sie verantwortbar im Innern eingesetzt werden können. Es gibt in der Geschichte genügend Beispiele dafür, wie Streitkräfte nach ihrem Einsatz im Innern den Rückhalt im Volk für lange Zeit verloren haben.

- *Die Innere Führung als Kern des Selbstverständnisses der Bundeswehr nimmt nur wenig Platz im Weißbuch ein. Sie habe sich in den zurückliegenden Jahrzehnten als belastbares und dynamisches Fundament erwiesen. Fakt ist jedoch, dass sich an dem Dilemma der Inneren Führung, kein tragbares Wehrmotiv vermitteln zu können, nichts geändert hat. Ob das Jobdenken der*

Angehörigen der Bundeswehr ausreichende Motivation für ihren Dienst gewährleistet, ist zu bezweifeln.

- *Kurz zu den Punkten Nachhaltige finanzielle Rahmenbedingungen (S. 117) und*

Bestmögliche Ausrüstung zur Auftrags Erfüllung (S. 126).

Damit Deutschland in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik handlungs- und gestaltungsfähig bleibt, benötigen die [...] betrauten Ressorts [...] angemessene finanzielle Mittel.

Ausgangspunkt für die finanziellen Aufwendungen sind die Beschlüsse des NATO-Gipfels von Wales im Jahr 2014, wonach langfristig eine Annäherung an das Ziel von zwei Prozent des jeweiligen Bruttoinlandprodukts für Verteidigungsausgaben angestrebt wird. Für die Bundesrepublik würde das nahezu eine Verdopplung der bisherigen Mittel bedeuten!

Hinsichtlich der bestmöglichen Ausrüstung nur einige Anmerkungen.

Im Weißbuch heißt es dazu:

[...] die Bundeswehr benötigt die bestmögliche Ausrüstung, um ihren Auftrag erfolgreich zu erfüllen und dabei das Leben ihrer Soldatinnen und Soldaten zu schützen. Dies kann nur durch ein transparentes, effektives, flexibles und modernes Rüstungswesen erreicht werden. (S. 126)

Eingestanden wird, dass bereits 2014 eine externe Bestandsaufnahme bisherige Defizite offengelegt hat. Dennoch traten noch danach katastrophale Zustände bei der Entwicklung und Auslieferung wichtiger Systeme wie dem Schützenpanzer PUMA, dem Transportflugzeug A400M, dem Eurofighter, den Hubschraubern NH-90/See Lion und Tiger, der Fregatte 125 und weiterer Rüstungserzeugnisse auf. Um das Dilemma zu überwinden, wurde eine Agenda Rüstung entwickelt.

Die Agenda umfasst:

- *die Definition eines rüstungspolitischen Kurses zur strategischen Ausrichtung des Rüstungswesens (das „Was“ der Rüstung);*
- *die Festlegung operativer Zielrichtungen zur Modernisierung des Rüstungswesens (das „Wie“ der Rüstung) und*
- *den Aufbau sowie die Optimierung tragfähiger Grundlagen zur Sicherstellung der Steuerungs- und Kontrollfähigkeit (das „Womit“ der Rüstung). (S. 126)*

Solange Entwicklung und Beschaffung neuer Waffen und Ausrüstungen nicht strengen Kriterien unterzogen werden, solange wird sich am gegenwärtigen Zustand kaum etwas ändern. Die Rüstungsindustrie und ihre Lobby sichern in erster Linie ihren Profit, und erst danach die Belange der Truppe. Daran wird auch die Agenda Rüstung nichts ändern.

- *Die Menschen in der Bundeswehr sind der wichtigste Faktor für die Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit der deutschen Streitkräfte (S. 118).*

Diese Binsenweisheit steht ganz am Anfang des Themas Personalpolitik. Als ehemaligem Berufssoldaten der Nationalen Volksarmee fällt es mir schwer, den sogenannten Dienstherrn als Arbeitgeber zu sehen. Der Dienst in den Streitkräften ist eben nicht nur als Arbeitsverhältnis zu sehen. Soldat zu sein, ist mehr als nur einen Job auszuüben. Auf die Frage worin zum Beispiel der Unterschied zwischen einem Diplomaten und einem Soldaten besteht, lautet die ernstgemeinte scherzhafte Antwort: Ein Diplomat riskiert im Dienst höchstens seine Leber, ein Soldat jedoch sein Leben. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die beste Motivation dafür, Soldat zu sein, besteht immer noch darin, sein Land zu schützen und zu verteidigen.

Die Bundeswehr braucht eine moderne, nachhaltige und demographiefeste Personalpolitik. (S. 118)

Demographiefest heißt doch nichts anderes, als sich an die demographische Entwicklung anzupassen. Dabei hatte und hat die Bundeswehr gravierende Probleme. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht und im Zuge der aufeinanderfolgenden Transformation, Neuformierung und Neuausrichtung kam die Truppe kaum zur Ruhe und war m.E. zu keiner Zeit voll aufgefüllt.

Um auf sich ändernde Rahmenbedingungen frühzeitig Antworten zu geben, braucht die Bundeswehr eine umfassende und vorausschauende Personalstrategie, die drohende Engpässe frühzeitig erkennt und systematisch notwendige personelle Ressourcen für kommende Aufgaben gewinnt und entwickelt. (S. 120)

Die Personalstrategie soll ausgerichtet werden auf

- zeitgerechte und angepasste Personalgewinnung;
- verbesserte Karrierebedingungen für Spezialistinnen und Spezialisten;
- leistungs- und chancengerechte Förderung;
- individuelle Berücksichtigung von Lebensphasen, Erhalt von Erfahrungswissen, Kompetenzorientierung sowie Spezialisierung und Qualifizierung unter attraktiven Rahmenbedingungen;
- innovative Karrieremodelle, die auch den bestqualifizierten Angehörigen der Bundeswehr ermöglichen, Familie und den Aufstieg auf der Karriereleiter bruchfrei zu vereinbaren. (S. 120)

Etwas verschwommen enthält das Weißbuch die Aussage, dass man bereit ist, die Förderung von Vielfalt, etwa im Hinblick auf ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität zu fördern.

Der gedankliche Ansatz der amtierenden Verteidigungsministerin, in Zukunft auch Migranten in die Bundeswehr aufzunehmen, stößt jedenfalls nicht nur auf Zustimmung.

Fazit

- *Mit einem solchen Fazit war nach dem mühevollen Studium des Weißbuchs nun wirklich nicht mehr zu rechnen. Es unterscheidet sich in einigen Passagen nach Inhalt und Ausdruck von den vorherigen Kapiteln. Erstmals wird darin eingeräumt, dass die Bundeswehr in ihrem jetzigen Zustand weit davon entfernt ist, den ambitionierten Zielstellungen des Weißbuchs zu entsprechen. Wahrscheinlich wurde das Fazit nicht von denen geschrieben, die für das Geschwafel und die Redundanz in weiten Passagen des Weißbuchs verantwortlich sind.*

Schon eingangs wird zugegeben, dass die Bundeswehr

... perspektivisch mit Herausforderungen konfrontiert wird, auf die sie weder hinreichend eingestellt noch nachhaltig vorbereitet ist. Die Ursachen dafür liegen lange zurück und sind vielschichtig. (S. 137)

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation und mit dem Ende der Teilung Europas seien Umfang und Fähigkeiten der „Armee der Einheit“ abgebaut worden.

Seit 1990 sank der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandprodukt auf weniger als die Hälfte, und ein sinkendes Bedrohungsempfinden führte [...] zu einer nachrangigen Betrachtung der Verteidigungsanstrengungen. Erst mit der Wiedererlangung der vollen nationalen Souveränität habe sich die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt verändert.

Die Einsätze, insbesondere in Afghanistan, wurden zunehmend robuster und verlangten eine Priorisierung der Aufwendungen für eine angemessene Ausstattung der eingesetzten Truppe. Die Bundeswehr wurde zur „Armee im Einsatz“. Als Konsequenz traten Landes- und Bündnisverteidigung zunehmend in den Hintergrund.

Ausgehend von den gegebenen Finanzlinien habe die Bundeswehr vermehrt aus der Substanz gelebt. Um es deutlich zu sagen: Der Übergang von der „Armee der Einheit“ zur „Armee im Einsatz“ wurde zunehmend teurer.

Aufgaben, Kräfte und Mittel befanden sich nicht mehr in einer ausgewogenen Balance. Heute steht eine neu ausgerichtete, in ihren Umfängen reduzierte Bundeswehr einer nie da gewesenen Parallelität und Größenordnung von Krisen und Konflikten gegenüber. (S. 137)

Die letzten zwei Sätze wurden mit ziemlicher Sicherheit von Militärs formuliert. Sowohl die Begriffe als auch die Aussage entsprechen der militärischen Ausdrucksform. Die Frage ist nur, ob damit der vorher fehlende militärische Sachverstand zu retten war.

Abschließend noch einmal in Kurzfassung die wichtigsten sicherheitspolitischen Ziele:

-Mehr Verantwortung für Deutschland

Angesichts seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung soll Deutschland „die globale Ordnung aktiv mitgestalten“.

-Stärkung der Bundeswehr

Während Truppenstärke und Finanzmittel kontinuierlich gekürzt wurden, haben sich die Aufgaben der Truppe ständig vergrößert. Das soll sich ändern, weil der eigene Gestaltungsanspruch und die gestiegenen Erwartungen an die außen- und sicherheitspolitische Rolle Deutschlands eine Trendwende erfordern würden.

-Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Das Grundgesetz wird – ohne es zu ändern – so interpretiert, dass Soldaten bei großangelegten Terrorangriffen zu Evakuierungs- und Rettungseinsätzen im Innern eingesetzt werden können.

-Stärkung der NATO

Der europäische Pfeiler der NATO soll gestärkt werden. „Deutschland ist bereit, in Vorleistung zu treten und in einer erheblichen Breite als Rahmennation zu wirken.“

-Erhöhung der Verteidigungsausgaben

NATO-Ziel ist es, bis 2024 zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben. Die Bundesregierung fühlt sich diesem Ziel verpflichtet und zwar „im Rahmen der finanzpolitischen Rahmenbedingungen und Ressourcen“.

-Gemeinsame Verteidigung Europas

Deutschland strebt langfristig eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion an.

-Streben nach einem Sitz im UN-Sicherheitsrat

Die Bundesregierung strebt weiterhin einen Sitz im UN-Sicherheitsrat an. Im Weißbuch ist von einem Fernziel die Rede.

-Teilnahme an UN-Missionen

Deutschland soll sich stärker als bisher in Friedensmissionen der Vereinten Nationen engagieren und dort Führungsverantwortung übernehmen.

-Rüstungsexporte in Staaten außerhalb von EU und NATO

Sie sollen gefördert werden, wenn besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen dafür sprechen.

-Weitere Beteiligung an der atomaren Abschreckung

Die Beteiligung an der nuklearen Abschreckung wird fortgesetzt. Gleichzeitig bekennt man sich zu dem Ziel, eine nuklearfreie Welt zu schaffen.

Ein Resümee

Das Weißbuch macht deutlich: Deutschland sieht sich schon in der obersten Liga, im Kreis der global agierenden und dominierenden Mächte, als Großmacht. Daher der Anspruch auf „mehr Verantwortung“, lies „mehr Einfluss“, daher der Umstand,

dass es der unmittelbaren Bedrohung der eigenen Sicherheit gar nicht mehr bedarf, um militärisch aufzurüsten und intervenieren zu wollen. Es reicht schon aus, wenn die formulierten und weitgespannten Eigeninteressen irgendwo in der Welt gefährdet sind.

Das Weißbuch unterstreicht zumindest die Vormachtstellung Deutschlands in der EU, und es versteht sich wohl auch darüber hinaus als richtungsweisend, da es in eine Zeit fällt, in der hinsichtlich der Zahl der Großmächte und ihres regionalen oder globalen Einflusses die Karten neu gemischt werden.

Insoweit ist das Dokument ein Zeugnis des neuen Selbstverständnisses des deutschen Imperialismus, weit über rein militärpolitische und militärische Zusammenhänge hinausweisend. Die den Ergebnissen des II. Weltkrieges geschuldete, seit 1990 bereits abnehmende deutsche Zurückhaltung im Einsatz militärischer Mittel geht jedenfalls ihrem Ende entgegen. Der militärische Faktor soll offensichtlich erneut ein bevorzugtes Mittel der Politik werden. Damit wird die historische Erfahrung ignoriert, wonach Kriege in fast allen Fällen die Probleme der menschlichen Gesellschaft nicht gelöst, dafür aber neue geschaffen haben. Eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik müsste die Prävention als wichtigstes Prinzip zum Inhalt haben.

Was die Bundeswehr angeht, so wirkt nach wie vor ihr Geburtsfehler, der in der strikten Trennung des militärischen Bereichs von der Verwaltung begründet liegt. Mit dieser „Gewaltenteilung“ sollte angeblich das Primat der Politik gesichert werden, was nach den geschichtlichen Erfahrungen eigentlich nicht notwendig war.

Bekanntlich haben deutsche Militärs zu keiner Zeit das Primat der Politik in Frage gestellt. Durch die sog. Gewaltenteilung hat man aber das Prinzip der militärischen Einzelleitung ausgehebelt, was sich nur nachteilig auf die Effizienz der Führung der Bundeswehr auswirkt. Doppelstrukturen sind, wie das Dilemma bei der Ausrüstung zeigt, nur selten von Vorteil.

Allein die Hierarchie des Bundesministeriums der Verteidigung macht deutlich, wie die Verhältnisse liegen. An der Spitze steht mit dem Minister/der Ministerin immer ein Zivile, danach folgen zwei parlamentarische Staatssekretäre, die zivile Beamte sind. Erst an vierter Stelle steht mit dem Hauptinspekteur der erste Militär. Wie es scheint, ist der Einfluss der Generalität auf die Konzipierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur marginal. Mit einiger Sicherheit liegt hier auch eine Ursache für den mangelnden militärischen Sachverstand im Weißbuch und dafür, dass die Landesverteidigung im Weißbuch so gut wie keine Rolle spielt.

Wahrscheinlich befinden wir uns gegenwärtig an einem Wendepunkt der Geschichte, nur ist vielen der Ernst der Lage noch nicht bewusst.

Politiker und Medienmitarbeiter, die leichtfertig von Krieg reden, wissen nicht, was Krieg bedeutet, und verdrängen selbst die Gefahr für ihr eigenes Leben.

Militärische Konflikte können heutzutage leicht eskalieren. Deshalb darf niemand mit dem Feuer spielen, schon gar nicht in den Aussagen eines Weißbuchs. Wenn man die unklaren, wolkigen Formulierungen, die vielen Nebelkerzen, sprachlichen Verschleierungen und artfremden Begriffe im Weißbuch 2016 liest, drängt sich die

Erkenntnis auf, dass die Verfasser den Ernst der Lage nicht erkannt haben. Aus linker Sicht sind besonders folgende Themen von zentraler Bedeutung, die eine klare Positionierung erfordern:

- *Welchen sicherheitspolitischen Herausforderungen steht Deutschland gegenüber?*
- *Welche sicherheitspolitischen Interessen hat Deutschland?*
- *Wie muss der Auftrag der Bundeswehr lauten?*
- *Welche Stellung haben wir zur NATO sowie zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU?*
- *Wie stehen wir zur nuklearen Teilhabe?*
- *Welche Schwerpunkte setzen wir für die Abrüstung und Rüstungskontrolle?*
- *Wie muss das Verhältnis von innerer und äußerer Sicherheit sein?*
- *Wie sind Krisenprävention und Krisenmanagement zu gestalten?*

Es wäre sehr hilfreich, wenn von Seiten der Linken zu diesen und anderen Fragen der Sicherheitspolitik und der Landesverteidigung der breiten Öffentlichkeit Antworten aus ihrer Sicht gegeben werden.

Ein Weißbuch verdient diese Bezeichnung nur, wenn es wissenschaftlichen Ansprüchen genügt und auf gesicherten Erkenntnissen basiert.

Vergleicht man das vorliegende Weißbuch 2016 mit der Militärdoktrin der Russischen Föderation (2014) und dem Weißbuch der VR China (2015), so liegen im wahrsten Sinne des Wortes Welten dazwischen. Das betrifft vor allem die Klarheit der Aussagen und die Verständlichkeit der Sprache, ohne die eine Umsetzung der formulierten Ziele und Aufgaben nicht möglich ist.

Angesichts der im Weißbuch formulierten Machtansprüche sollten wir uns an die 3 Verse von Bertold Brecht erinnern.

Anmut sparet nicht noch Mühe,
Leidenschaft nicht noch Verstand,
dass ein gutes Deutschland blühe
wie ein andres gutes Land.
Dass die Völker nicht erleichen
wie vor einer Räuberin
sondern ihre Hände reichen
uns wie andern Völkern hin.
Und nicht über und nicht unter
andern Völker woll'n wir sein.
Von der See bis an die Alpen,
von der Oder bis zum Rhein.
Und weil wir dieses Land verbessern
lieben und beschützen wir's.
Und das Liebste mag's uns scheinen
so wie andern Völkern theirs.

Inzwischen haben die Partei DIE LINKE und die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam ein kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr vorgelegt, das - auch unter Hinweis auf historische und aktuelle Beispiele - deutlich macht, wie sich Friedenskräfte gegen einen neuen Militarismus wehren können. Seine Beachtung und Nutzung wird demjenigen dringend empfohlen, der sich mit dem vorgelegten „Weißbuch“ auseinandersetzen möchte.

Ein erster Abschnitt beschreibt den Umbau der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ in den Jahren 1990 bis 1991.

Darin wird aufgezeigt, wie die damals regierende konservativ-liberale Regierung vorgegangen ist, um mit einer Art Salamtaktik Streitkräfte für den Kampfeinsatz zu schaffen. Über die partielle Beteiligung deutscher Kräfte und Mittel am bosnischen Bürgerkrieg und den Somalia-Einsatz bis hin zum Jugoslawien-Krieg mit einem massiven Kontingent wurde die Bundeswehr tatsächlich zu einer Einsatzarmee. Ihre eigentliche Bestimmung und ihr Verfassungsauftrag, Deutschlands Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen, wurden deutlich in den Hintergrund gedrängt bzw. spielen seit dem kaum noch eine Rolle. Aber es sollte noch schlimmer kommen. Mit den Kampfeinsätzen ab 2001 in Afghanistan bis zum Krieg gegen den Terror im Irak und die Beteiligung am Bürgerkrieg in Syrien und anderen NATO-Interventionen stehen heute deutsche Soldaten in 16 Ländern.

Das Schwarzbuch beantwortet die Frage nach den Interessen, die hinter dieser Einsatzorientierung stehen. Es macht zugleich deutlich, dass die Ambitionen größer sind als die realen Mittel, über die die Bundeswehr verfügt.

Nur in wenigen Fällen wird direkt auf den Inhalt des Weißbuches eingegangen. Die Autoren setzen eher auf originäre Gegenargumente der Friedensbewegung. So wird z.B. die unmittelbare deutsche Beteiligung an der Ost-Erweiterung der NATO ebenso begründet abgelehnt wie die Proklamation Russlands als Hauptfeind.

Unter der Überschrift „Agenda Rüstung - Verschwendung mit System“ werden die zehn bedeutendsten Rüstungsvorhaben - vom Schützenpanzer Puma bis zum Mehrzweckkampfschiff MKS 180 - aufgelistet. Dabei wird auf die enge Verflechtung der Rüstungsindustrie mit der Politik verwiesen.

Wie das Schwarzbuch zutreffend ausführt, handelt es sich bei der Cyberoffensive der Bundeswehr um die Aufstellung des neuen Organisationsbereichs Cyber- und Informationsraum (CIR), der den bestehenden Teilstreitkräften gleichgestellt sein wird. Berechtigt wird die Frage gestellt, wo und gegen wen der CIR wirken soll? Geht es um Verteidigung oder Angriff?

In dem Abschnitt „Die Bundeswehr in Deutschland“ bemerkt das Schwarzbuch, dass dabei nicht von Landesverteidigung die Rede ist. Gemeint ist der Einsatz im Innern.

Bemerkenswert ist die Auflistung von Hinweisen unter der Überschrift „Aktiv gegen den Krieg“. Darin sind notwendige Aktivitäten genannt, mit denen der Kampf gegen die weitere Militarisierung des Lebens und der Gesellschaft wirkungsvoll geführt werden kann.

Das Schwarzbuch hebt sich auch in der sprachlichen Fassung wohltuend vom Weißbuch ab. Demjenigen, der es vollständig zur Kenntnis nimmt, werden mit einem Glossar am Ende des Textes mehr als 30 fachspezifische Begriffe und Bezeichnungen genauer erklärt und das Verständnis erleichtert, worum es eigentlich geht, - was für den Nicht - Militär besonders hilfreich sein wird.

Nicht zuletzt dadurch unterscheidet sich diese Publikation wohltuend vom Weißbuch und wird seine Kenntnisnahme dringend empfohlen, der sich mit der Materie näher befassen möchte.

Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und
Einsatzorientierung der Bundeswehr

Schwarzbuch

(Hrsgb.: Rosa-Luxemburg-Stiftung und Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag
Berlin 2016, Bezugsmöglichkeit durch Bestellung per Internet unter
versand@linksfraktion.de)

Unter Mitwirkung von:

Jaqueline Andres

Christine Buchholz V.i.s.d.P.)

Mario Candaia

Erhards Crome

Claudia Haydt

Thomas Mickau

Maria Oskana

Frank Renken

Rainer Rilling

Andreas Seifert

Ingar Solty